

2008: Wahlen – Entscheidungen – Krisen

Diese Themen werden die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands, der Atlantischen Allianz und der Europäischen Union 2008 prägen oder auf sie einwirken. Bei den Wahlen ragen natürlich die Präsidentschaftswahlen in Russland und den USA heraus. Aber gerade auch Wahlen in Krisenregionen und Problemländern, wie in Pakistan, Libanon oder – wie gerade erlebt – Kenia können der Außenpolitik neue Anstrengungen abverlangen, ja Krisenvorbeugung und -bewältigung erfordern.

Während die russische Präsidentschaftswahl am 2. März kein überraschendes Wahlergebnis haben wird, bleibt doch unklar, ob und inwieweit manche kürzliche Handlung und Wortwahl Putins und anderer der innenpolitischen Machterweiterung geschuldet war und auch inwieweit der »Putinismus« sich »nur« verlängert oder in der Präsidentschaftswahl Medwedews Veränderungen erfährt in der Mitverantwortung für die drängenden internationalen Krisenherde. Wird die ambivalente Iran-Politik, das »Nein« zur Unabhängigkeit des Kosovo, die durchsichtige Begründung eigener auffallender militärischer Aufrüstung mit den US-Raketenplänen in Mittelosteuropa ebenso fortgesetzt wie die offensive Aktivität in der Energiepolitik, auch im Nordmeer; oder werden Realismus in der Kosovofrage, Eingehen auf Vorschläge der Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr, konsequentere Iranpolitik und kooperative Energiepolitik – auch gegenüber den Nachbarstaaten eine größere Rolle spielen, insgesamt also mehr verantwortliche Gelassenheit Einzug halten?

In den USA ist es eher umgekehrt. Das Rennen um die Präsidentschaftskandidaten innerhalb der beiden Parteien ist nach Iowa und New Hampshire weit offen. Dabei scheint bei den Demokraten die Entscheidung auf Obama oder Clinton zuzulaufen, aber auch hier sind Überraschungen denkbar. Völlig offen ist, wer bei den Republikanern das Rennen macht. Egal welche beiden Kandidaten die Parteien im Sommer küren, schon zeichnet sich ab, dass auch dieses Mal die innen- und wirtschaftspolitischen Themen den Ausgang der Präsidentschaftswahl bestimmen werden. Die außenpolitischen Schwerpunkte werden auch unter einem demokratischen Präsidenten mehr Kontinuität zeigen als drastische Wechsel. Aus deutscher, europäischer Sicht ist an-

gezeigt zu erkennen, dass jeder nächste Präsident eher höhere Erwartungen an europäische Beteiligung in den Krisenregionen formulieren wird, dies um so mehr, wenn er sich des »effektiven Multilateralismus« der EU bedienen wird. Im Kosovo wird europäische Führung erwartet, in der Iranpolitik Stehvermögen und in Afghanistan verstärkte Mitwirkung auf allen Feldern, nicht nur in der Ausbildung der afghanischen Polizei.

Bei den Entscheidungen dieses Jahres steht für die EU der Ratifizierungsprozess des Reformvertrags der 27 Mitglieder im Vordergrund. Ein nochmaliges Scheitern können sich die Nationen kaum leisten. Zwar soll es nur in Irland ein Referendum geben, aber auch in den Parlamenten werden die Diskussionen und Entscheidungen nicht überall »Spaziergänge« werden. Gerade für energische Fortschritte in der ESVP – die sich die französische Präsidentschaft im 2. Halbjahr vorgenommen hat – ist das Inkrafttreten des Reformvertrags unverzichtbar. Allerdings zeigt sich bei den militärischen Kriseneinsätzen am Beispiel der Tschad-Mission, dass die Fähigkeit und der Wille, die getroffenen Entscheidungen auch mit den erforderlichen Mitteln auszustatten, schnell an Grenzen stoßen.

Die EU wird ihre Geschlossenheit in der Kosovofrage kaum oder nur mühsam erreichen und auch ihre Politik gegenüber Serbien bleibt strittig, zumal die EU ohne eine neue UN-Resolution zum Handeln gezwungen bleibt.

In der NATO wird der Gipfel in Bukarest keine grundlegenden Entscheidungen bringen. Ob die Aufnahme von Kroatien, Mazedonien und Albanien entschieden wird, weitere Schritte der Zusammenarbeit gegenüber der Ukraine, Georgien oder den drei Staaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro beschlossen werden, ist fraglich; ein Auftrag zur Überarbeitung des strategischen Konzepts ungewiss, zumal niemand ein Ergebnis für den Gipfel in Berlin im Frühjahr 2009 erwartet, unabhängig davon, ob ein republikanischer oder demokratischer Präsident(in) am 20. Januar 2009 ins Weiße Haus einziehen wird. So wird Bukarest kaum ein Platz als »historischer« Gipfel-Ort beschieden sein. Dennoch – oder vielmehr deshalb werden die laufenden Kriseneinsätze der Allianz die Tagesordnung prägen.

An krisenhaften Entwicklungen in den Einsatzgebieten mangelt es nicht und weitere Krisen, wie in Pakistan und Kenia,

sind bereits eingetreten oder zeichnen sich ab, wie im Zusammenhang mit den Wahlen in Taiwan oder auch weitere Entwicklungen in Afrika. Dabei sind der Einsatz der NATO, der EU und vieler Staaten in Afghanistan unauflöslich mit der kritischen Lage in Pakistan verknüpft. Die politische Klage westlicher Politiker über Musharraf und die pakistanische Armee kann nicht darüber hinweg täuschen, dass beide auf absehbare Zeit unverzichtbar sind, um den islamistischen Dschihad zumindest einzudämmen. Es ist erstaunlich, dass die europäischen Nationen und die NATO als Organisation nicht intensiver mit Pakistan an neuen Wegen arbeiten, obwohl seit der Entscheidung der Allianz im April 2003, sich mit ISAF in Afghanistan unwiederbringlich zu engagieren, klar war, dass in Pakistan ein Schlüssel für den Erfolg in Afghanistan liegt. Chaos in Pakistan gefährdet diesen Einsatz essentiell und damit ist noch gar nicht die apokalyptische Gefahr artikuliert, die aus einem möglichen Zugriff islamistischer Extremisten und Terroristen auf das pakistanische Atomarsenal resultieren würde.

Sollte die Krise nach den Wahlen in Kenia nicht beherrschbar bleiben, dann wird der einzige einigermaßen stabil geglaubte Anker in Ostafrika wegrutschen und damit eine Region von Eritrea, über Somalia bis Zimbabwe sowie dem Sudan, Tschad und den großen Seen noch schwieriger zu »befrieden« sein. Auch eine Säule aus der Koalition der USA zur Bekämpfung des transnationalen Terrors würde untergraben, ja könnte sogar einstürzen.

Die Reise von Präsident Bush in den Nahen und Mittleren Osten im Januar wurde mit Blick auf Erfolge für den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern skeptisch bis pessimistisch beurteilt. Aber außer von Amerika mehr zu fordern und ihre bisherige Politik zu kritisieren, gab es wenig Rückhalt oder Aktion aus Europa, den Hoffnungsschimmer der Nahost-Konferenz von Annapolis zu verstärken. Addiert man dazu die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit, die begrenzte EU-Mission im Tschad ausreichend auszustatten, wird der Anspruch der EU in ihrer Sicherheitsstrategie vom »globalen Akteur« in der Krisenbeherrschung auch im Jahr 2008 nur in engen Grenzen eingelöst werden können. ■

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.